

Klimapolitische Vorhaben werden es auch künftig schwer haben

Die Mehrheit glaubt an den menschengemachten Klimawandel und sieht diesen als Gefahr. Warum scheitert die Klimapolitik trotzdem?

Klimaforscher sind sich längst einig, dass die Hauptursache des Klimawandels die Aktivitäten der Menschen sind. In Deutschland glauben das aber nur knapp zwei Drittel der Bevölkerung, wie eine You-Gov-Umfrage vor knapp einem Jahr zeigte. In der Schweiz hingegen glauben fast drei Viertel der Einwohner an den menschengemachten Klimawandel und sind sich bewusst, dass sie selber einen Beitrag gegen ihn leisten müssen. Zu diesem Ergebnis kommt die Anfang 2024 veröffentlichte Sotomo-Studie.

Und in Liechtenstein ist das Problembewusstsein ähnlich ausgeprägt, wie die Anfang Januar durchgeführte Abstimmungsfrage des Liechtenstein-Instituts zeigt. 71 Prozent der Befragten sind mit der Aussage, dass der menschengemachte Klimawandel eine erwiesene Tatsache ist, «voll und ganz» oder «eher» einverstanden. Zudem nimmt eine klare Mehrheit der Befragten den Klimawandel als ernsthafte Bedrohung wahr. Der Aussage, dass «unsere Welt mit absoluter Gewissheit auf eine

Klimakatastrophe» zusteuert, wenn keine Massnahmen gegen den Klimawandel ergriffen werden, stimmen 59 Prozent der Befragten tendenziell zu.

Framing des Ja-Lagers funktionierte nicht

Vor diesem Hintergrund mag es erstaunlich sein, dass sowohl die energetischen Gebäudevorschriften als auch die Photovoltaik-Pflicht am vergangenen Sonntag von mehr als 65 Prozent der Stimmenden abgelehnt wurden. Schliesslich hatten die Regierung und das Ja-Lager die beiden Energievorlagen als dringend notwendige klimapolitische Massnahmen beworben. Dass die Energiewende kein Spaziergang wird, sei klar. Doch der Klimawandel sei ein existenzielles Problem. «Zaudern ist keine Lösung, nichts tun wird teuer!», sagte Energieministerin Sabine Monauni noch im März 2023 im den Landtag.

Entspricht dies nicht genau dem Duktus jener Aussagen in der Abstimmungsfrage, denen eine klare Mehrheit der

So steht das Liechtensteiner Stimmvolk zum Klimawandel

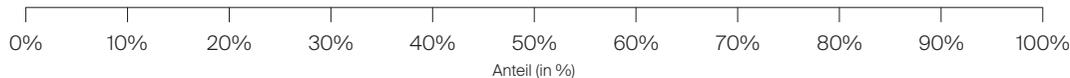
«Der menschengemachte Klimawandel ist eine erwiesene Tatsache.»



«Wenn keine Massnahmen gegen den Klimawandel gesetzt werden, steuert unsere Welt mit absoluter Gewissheit auf eine Klimakatastrophe zu.»



«Ob in Liechtenstein Massnahmen gegen den Klimawandel angenommen werden oder nicht, spielt für das globale Klima sowieso keine Rolle. Liechtenstein ist viel zu klein dafür.»



■ überhaupt nicht einverstanden ■ eher nicht einverstanden □ weiss nicht
■ eher einverstanden ■ voll und ganz einverstanden

Quelle: Liechtenstein-Institut

Teilnehmenden zustimmt? Doch, aber das «Verbotskultur»-Framing der Referendumsführer sei schlichtweg stärker gewesen. Das sagt Thomas Milic, Forschungsleiter

Politik am Liechtenstein-Institut, mit Blick auf die Umfrageergebnisse. «Das Framing der Gegner hat quasi auf eine ordnungspolitische Grundhaltung abgezielt. Und diese ist in

Liechtenstein nun mal sehr liberal», so Milic.

Generell seien konkrete umweltpolitische Vorlagen jedoch schwierig durch eine Volksabstimmung zu bringen. Um effek-

tiv zu sein, müssten nämlich scharfe Massnahmen gesetzt werden. Eben solche Massnahmen stossen aber auch auf grossen Widerstand. «Vor allem, wenn es um Vorschriften oder um Steuern geht», so Milic.

Konsens bereits in der Vernehmlassung suchen

In Liechtenstein steht die Politik vor einem weiteren Dilemma: Eine Mehrheit von 55 Prozent ist gemäss Umfrage der Ansicht, dass Liechtensteins Bestrebungen im Klimaschutz aufgrund der Kleinheit des Landes ohnehin vergebens sind. Thomas Milic hat dennoch einen Tipp, wie klimapolitische Vorlagen künftig durchkommen könnten: «Sie müssen so ausgestaltet sein, dass das Referendum gar nicht erst ergriffen wird. Hierfür wird in einer direkten Demokratie üblicherweise die Vernehmlassungsphase genutzt.» Die Folge ist, dass kaum grosse Sprünge möglich sind. «Am Ende führt die Politik der kleinen Schritte aber dennoch eher zum Ziel», so der Politologe.

David Sele